
2005**Ausgegeben zu Bonn am 11. Mai 2005****Nr. 12**

Tag	Inhalt	Seite
4. 5. 2005	Gesetz zu dem Abkommen vom 14. Mai 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE007	514
4. 5. 2005	Gesetz zu dem Änderungsprotokoll vom 26. August 2003 zu dem Vertrag vom 28. Februar 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE008	523
4. 5. 2005	Gesetz zu dem Abkommen vom 10. Juli 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Palästinensischen Befreiungsorganisation zugunsten der Palästinensischen Behörde über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE009	526
4. 5. 2005	Gesetz zu dem Änderungs- und Ergänzungsprotokoll vom 14. Mai 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zu dem Vertrag vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE010	535
4. 5. 2005	Gesetz zu dem Vertrag vom 27. März 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tadschikistan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE011	538
18. 3. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen	547
22. 3. 2005	Bekanntmachung des deutsch-angolanischen Abkommens über Technische Zusammenarbeit	547
23. 3. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische Schadstoffe	550
23. 3. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte	551
23. 3. 2005	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal	554
24. 3. 2005	Bekanntmachung des deutsch-kroatischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	556
31. 3. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung	558
31. 3. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls Nr. 13 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die vollständige Abschaffung der Todesstrafe	559
31. 3. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit	559
7. 4. 2005	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten des deutsch-sowjetischen Abkommens vom 25. April 1958 über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien	560

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 14. Mai 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Indonesien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Vom 4. Mai 2005

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Jakarta am 14. Mai 2003 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 4. Mai 2005

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Arbeit
Wolfgang Clement

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Indonesien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Indonesia
concerning the Promotion and Reciprocal Protection
of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Indonesien

(im Folgenden als die „Vertragsparteien“ bezeichnet) –

eingedenk der freundschaftlichen und kooperativen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und ihrer Bevölkerung,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Vertragsparteien zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu schaffen,

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens

1. bezeichnet der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art gemäß den Rechtsvorschriften der Vertragsparteien, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, einschließlich aber nicht beschränkt auf Urheberrechte und ähnliche Rechte, Marken, geographische Angaben, gewerbliche Muster und Modelle, Patente, Konstruktionspläne für integrierte Schaltkreise (Topografien), Schutz nicht offenbarer Informationen, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

The Federal Republic of Germany

and

the Republic of Indonesia

(hereinafter referred to as “Contracting Parties”)

bearing in mind the friendly and co-operative relations existing between the two countries and their peoples,

desiring to intensify economic co-operation between both Contracting Parties,

intending to create favourable conditions for investments by investors of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party,

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,

have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purposes of this Agreement

1. the term “investments” shall mean every kind of asset, according to the laws and regulations of the Contracting Parties, in particular:
 - (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
 - (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
 - (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
 - (d) intellectual property rights, including but not limited to copyrights and related rights, trademarks, geographical indications, industrial designs, patents, layout design (topographies) of integrated circuits, protection of undisclosed information, know-how and good will;
 - (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

- eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt, vorausgesetzt, diese Änderung verstößt nicht gegen die Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wurde;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
 3. bezeichnet der Begriff „Investoren“
 - a) in Bezug auf die Republik Indonesien:
 - (i) natürliche Personen, die die Staatsangehörigkeit der Republik Indonesien besitzen,
 - (ii) juristische Personen, die nach dem Recht der Republik Indonesien gegründet sind;
 - b) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
 - (i) Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - (ii) jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
 4. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“
 - a) in Bezug auf die Republik Indonesien:

das Hoheitsgebiet der Republik Indonesien im Sinne ihrer Rechtsvorschriften sowie Teile des Festlandsockels, die ausschließliche Wirtschaftszone und die benachbarten Meeresgebiete, über die die Republik Indonesien nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 Hoheitsrechte, souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausübt;
 - b) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

das Hoheitsgebiet, in dem die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland Anwendung finden und das Hoheitsgebiet, in dem das Völkerrecht die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen erlaubt.

Artikel 2

Förderung und Schutz von Kapitalanlagen

- (1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen.
- (2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in jedem Fall gerecht und billig behandeln und ihnen den vollen Schutz des Abkommens gewähren.
- (3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Erhaltung, den Gebrauch, die Nutzung oder die Verfügung über die Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

Behandlung von Kapitalanlagen

- (1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum von Investoren der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

- any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment, provided that such alteration is not contrary to the laws and regulations of the Contracting Party, in the territory of which the investment has been made;
2. the term “returns” shall mean the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;
 3. the term “investors” shall mean:
 - (a) in respect of the Republic of Indonesia:
 - (i) natural persons having the nationality of the Republic of Indonesia,
 - (ii) legal persons constituted under the law of the Republic of Indonesia;
 - (b) in respect of the Federal Republic of Germany:
 - (i) Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,
 - (ii) any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit;

4. the term “territory” shall mean:

- (a) in respect of the Republic of Indonesia:

the territory of the Republic of Indonesia as defined in its laws, and parts of the continental shelf, the exclusive economic zone and adjacent seas over which the Republic of Indonesia has sovereignty, sovereign rights or jurisdiction in accordance with the 1982 United Nations Convention on the Law of the Sea;

- (b) in respect of the Federal Republic of Germany:

the territory of application of the law of the Federal Republic of Germany and the territory where international law permits the exercise of sovereign rights or jurisdiction.

Article 2

Promotion and Protection of Investments

- (1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by investors of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its laws and regulations.
- (2) Each Contracting Party shall in its territory in any case accord investments by investors of the other Contracting Party fair and equitable treatment as well as full protection under the provisions of this Agreement.
- (3) Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use, enjoyment or disposal of investments in its territory of investors of the other Contracting Party.

Article 3

Treatment of Investments

- (1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned by investors of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own investors or to investments of investors of any third State.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

Enteignung und Entschädigung

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder direkt oder indirekt anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem durchschnittlichen lokalen am kurzfristigen Interbanken-Markt herrschenden Kreditzinssatz zu verzinsen. Der Betrag ist nach international anerkannten Bewertungsmethoden zu berechnen. Die Entschädigung muss tatsächlich verwertbar, frei transferierbar und in konvertierbarer Währung sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar und in konvertierbarer Währung sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;

(2) Neither Contracting Party shall subject investors of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own investors or to investors of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to investors of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting Party accords to investors of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

Expropriation and Compensation

(1) Investments by investors of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party under the provisions of this Agreement.

(2) Investments by investors of either Contracting Party shall not directly or indirectly be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry interest at the average prevailing local short term interbank market lending rate until the time of payment. Such amount shall be calculated according to internationally accepted evaluation methods. It shall be effectively realizable, freely transferable and in convertible currency. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Investors of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which the latter Contracting Party accords to its own investors as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable and in convertible currencies.

(4) Investors of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Transfer

(1) Each Contracting Party shall guarantee to investors of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) the returns;

- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 dieses Abkommens vorgesehenen Entschädigungen;
- f) notwendiger Finanzmittel
 - (i) zum Erwerb von Roh- oder Hilfsstoffen, Halbfabrikaten oder Fertigerzeugnissen
 - oder
 - (ii) zum Austausch von Anlagegütern, um die Kontinuität der Kapitalanlage zu sichern;
- g) der Einkommen natürlicher Personen.

(2) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, nach diesem Artikel oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zum am Tage des Transfers geltenden marktüblichen Kurs.

(3) Ist ein Devisenmarkt nicht vorhanden, so gilt der Kreuzkurs (cross rate), der sich aus den Kursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

- (c) the repayment of loans;
- (d) the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) the compensation provided for in Article 4 of this Agreement;
- (f) funds necessary
 - (i) for the acquisition of raw or auxiliary materials, semi fabricated or finished products,
 - or
 - (ii) to replace capital assets in order to safeguard the continuity of an investment;
- (g) earnings of natural persons.

(2) Transfers under Article 4 (2) or (3), under this Article or Article 6 shall be made without delay at the market rate of exchange applicable on the day of transfer.

(3) Should there be no foreign exchange market the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights shall apply.

Artikel 6

Eintritt in Rechte

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

Anwendungsbereich des Abkommens

Dieses Abkommen gilt in gleicher Weise für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den zum Zeitpunkt der Kapitalanlage gültigen Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet vor oder nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben.

Artikel 8

Anwendung sonstiger Bestimmungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Article 6

Subrogation

If either Contracting Party makes a payment to any of its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 9, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such investor to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

Article 7

Applicability of the Agreement

This Agreement shall equally apply to investments made prior to and after its entry into force by investors of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation at the time the investment was made.

Article 8

Application of Other Provisions

(1) If the laws and regulations of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Agreement contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Agreement.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

Artikel 9**Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien**

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen nach Möglichkeit durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind endgültig und bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10**Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Investor und einer Vertragspartei**

(1) Streitigkeiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen nach Möglichkeit zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei dem zuständigen Gericht der Vertragspartei unterbreitet, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wurde, oder einem Schiedsverfahren beim Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) unterworfen, das durch das am 18. März 1965 in Washington D.C. zur Unterzeichnung aufgelegte Übereinkommen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten eingesetzt wurde.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines

Article 9**Settlement of Disputes between the Contracting Parties**

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement should as far as possible be settled amicably by the governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third Party as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be final and binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitration tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

Article 10**Settlement of Disputes between an Investor and a Contracting Party**

(1) Disputes concerning investments between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the investor of the other Contracting Party, be submitted to the competent court of the Contracting Party in whose territory the investment is made, or to arbitration by the International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID), established by the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, opened for signature at Washington D.C. on 18 March 1965.

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the said Convention. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting Party involved in dispute shall not raise

Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(5) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für Streitigkeiten, die vor Inkrafttreten dieses Abkommens entstanden sind.

Artikel 11
Konsultationen

Jede Vertragspartei kann der anderen Vertragspartei Konsultationen über Angelegenheiten, die das Abkommen betreffen, vorschlagen. Die andere Vertragspartei wird den Vorschlag wohlwollend prüfen und die Konsultationen in angemessener Weise ermöglichen.

Artikel 12

Beziehungen zwischen den Vertragsparteien

Dieses Abkommen gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13
Protokoll

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 14

Inkrafttreten, Geltungsdauer, Außerkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Es tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Dieses Abkommen bleibt für einen Zeitraum von zehn Jahren in Kraft. Nach Ablauf dieses Zeitraums bleibt das Abkommen in Kraft, sofern es nicht von einer der Vertragsparteien auf diplomatischem Weg zwölf Monate vor Ablauf des Abkommens schriftlich gekündigt wird.

(2) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens treten der Vertrag vom 8. November 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, das dazugehörige Protokoll und der Briefwechsel vom gleichen Datum außer Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die vorstehenden Artikel noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Jakarta am 14. Mai 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher, indonesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des indonesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

the objection that the investor of the other Contracting Party has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

(5) The provisions of this Article shall not apply to any dispute which arose before the entry into force of this Agreement.

Article 11
Consultations

Either Contracting Party may request that consultations be held on any matter concerning the Agreement. The other Contracting Party shall accord sympathetic consideration to the proposal and shall afford adequate opportunity for such consultations.

Article 12

Relations between the Contracting Parties

This Agreement shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 13
Protocol

The attached Protocol shall form an integral part of this Agreement.

Article 14

**Entry into Force,
Duration and Termination**

(1) This Agreement shall be subject to ratification. It shall enter into force on the thirtieth day after the date of exchange of the instruments of ratification. This Agreement shall remain in force for a period of ten years and thereafter it shall remain in force unless denounced in writing through diplomatic channels by either Contracting Party twelve months in advance before its expiration.

(2) Upon entry into force of this Agreement the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Indonesia concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments of 8 November 1968, the associated Protocol and the exchange of letters of the same date shall cease to be in force.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Agreement, the provisions of the preceding Articles shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of this Agreement.

In witness whereof, the plenipotentiaries, being duly authorized thereto, have signed this Agreement.

Done at Jakarta on 14 May 2003 in duplicate in the German, Indonesian and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and the Indonesian texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Gerhard Fulda
Wolfgang Clement

Für die Republik Indonesien
For the Republic of Indonesia

Wirajuda

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Indonesien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Protocol
to the Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Indonesia
concerning the Promotion and Reciprocal Protection
of Investments

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wurden außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

On signing the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Indonesia concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments, it was agreed, in addition, that the following provisions shall be regarded as an integral part of the said Agreement:

1. Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepass besitzt.

(1) Ad Article 1

- (a) Returns from the investment and, in the event of their re-investment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.
- (b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Contracting Party.

2. Zu Artikel 2

Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften erteilen.

(2) Ad Article 2

Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport in accordance with its laws and regulations.

3. Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch, die Nutzung und die Verfügung über eine Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige Behandlung“ im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige Behandlung“ im Sinne des Artikels 3.
- b) Artikel 3 verpflichtet eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die nach den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszudehnen.

(3) Ad Article 3

- (a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed “activity” within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use, enjoyment and disposal of an investment. The following shall, in particular, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3: unequal treatment in the case of restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, unequal treatment in the case of impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3.
- (b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to investors resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to investors resident in its territory.

c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, unverzüglich prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitslaubnis werden in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften unverzüglich geprüft.

4. Zu Artikel 5

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

5. Zu Artikel 10

Ein Investor aus der Republik Indonesien, der in der Bundesrepublik Deutschland eine Kapitalanlage vorgenommen hat, kann die gleiche Streitigkeit einem internationalen Schiedsgericht unterbreiten, nachdem ein nationales deutsches Gericht eine Entscheidung in der Sache getroffen hat. Ein Investor aus der Bundesrepublik Deutschland, der in der Republik Indonesien eine Kapitalanlage vorgenommen hat, kann ein internationales Schiedsgericht oder ein örtliches Gericht anrufen. Wenn der Fall einem indonesischen Gericht unterbreitet wurde, kann die Streitigkeit nur einem Schiedsverfahren unterworfen werden, wenn der Fall von dem Investor in Übereinstimmung mit den indonesischen Rechtsvorschriften zurückgezogen werden kann.

6. Zu Artikel 11

Konsultationen können gegebenenfalls im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien auch die Frage der Änderung dieses Abkommens einschließen.

(c) The Contracting Parties shall within the framework of their national laws and regulations give prompt consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given prompt consideration in conformity with its laws and regulations.

(4) Ad Article 5

A transfer shall be deemed to have been made “without delay” within the meaning of Article 5 (2) if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

(5) Ad Article 10

An investor from the Republic of Indonesia who has made an investment in the Federal Republic of Germany can appeal to an international arbitration tribunal in the same dispute after a German national court has rendered a decision in substance. An investor from the Federal Republic of Germany who has made an investment in the Republic of Indonesia can appeal to an international arbitration tribunal or to a local court. In case the dispute has been brought to an Indonesian court, the dispute can only be submitted for arbitration if it can be withdrawn by the investor according to Indonesian laws and regulations.

(6) Ad Article 11

Consultations can include, if deemed necessary, the question of an amendment of this Agreement by mutual consent of the Contracting Parties.

Gesetz
zu dem Änderungsprotokoll vom 26. August 2003
zu dem Vertrag vom 28. Februar 1994
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Vom 4. Mai 2005

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 26. August 2003 unterzeichneten Änderungsprotokoll zu dem am 28. Februar 1994 in Chisinau unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1997 II S. 2072) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 4 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 4. Mai 2005

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Arbeit
Wolfgang Clement

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Änderungsprotokoll
zu dem am 28. Februar 1994 in Chisinau unterzeichneten Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocolul de amendament
la Acordul
între Republica Federală Germania și Republica Moldova
privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor
semnat la Chișinău la 28 februarie 1994

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Moldau –

Republica Federală Germania
și
Republica Moldova –

in dem Bewusstsein, dass der am 28. Februar 1994 in Chisinau unterzeichnete Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen der Änderung bedarf –

conștiente că Acordul între Republica Federală Germania și Republica Moldova privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor, semnat la Chișinău la 28 februarie 1994, necesită o modificare –

sind wie folgt übereingekommen:

au convenit cele ce urmează:

Artikel 1

Artikel 11 Absatz 2 des vorgenannten Vertrags wird wie folgt ersetzt:

„(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und dass, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofes der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.“

Artikel 2

Artikel 11 Absatz 3 des vorgenannten Vertrags wird wie folgt ersetzt:

„(3) Für den Fall, dass beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des genannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis mit einem solchen Verfahren. Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als

Articolul 1

Articolul 11 alineatul 2 al Acordului sus-menționat va fi înlocuit după cum urmează:

„(2) În cazul în care diferendul nu poate fi soluționat în decurs de șase luni de la data la care a fost anunțat de către una dintre cele două părți implicate, la propunerea cetățeanului sau a societății celeilalte Părți Contractante el va fi supus unei proceduri de arbitraj. În măsura în care părțile implicate nu stabilesc o altă înțelegere, vor fi aplicate prevederile articolului 10 alineatele 3 pînă la 5 în sensul că numirea membrilor tribunalului de arbitraj în conformitate cu articolul 10 alineatul 3 se face de părțile participante la diferend și că, în măsura în care termenele prevăzute la articolul 10 alineatul 3 nu sunt respectate, fiecare parte implicată, în lipsa altor înțelegeri, poate să se adreseze Președintelui Curții de Arbitraj a Camerei Internaționale de Comerț la Paris cu rugămintea de a face numirile necesare. Hotărîrea arbitrajului se execută în conformitate cu legislația internă.“

Articolul 2

Articolul 11 alineatul 3 al Acordului sus-menționat va fi înlocuit după cum urmează:

„(3) În cazul în care cele două Părți Contractante au devenit și Părți Contractante ale Convenției din 18 martie 1965 privind soluționarea diferendelor legate de investiții între state și resortisanți ai altor state, diferendele între părțile participante la diferend conform acestui articol vor fi supuse unei proceduri de arbitraj în cadrul Convenției mai sus numite, în măsura în care părțile implicate nu stabilesc o altă înțelegere; fiecare Parte Contractantă își declară acordul privind o astfel de procedură. Hotărîrea arbitrajului este obligatorie și nu este supusă nici unor altor mijloace juridice sau altor căi legale decît celor prevăzute

den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.“

Artikel 3

Dieses Änderungsprotokoll ist integraler Bestandteil des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und seinem Protokoll, unterzeichnet am 28. Februar 1994 in Chisinau, und sie werden als ein einheitlicher Vertrag ausgelegt und angewandt.

Artikel 4

(1) Dieses Änderungsprotokoll bedarf der Ratifikation, die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Änderungsprotokoll tritt zusammen mit dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, unterzeichnet am 28. Februar 1994 in Chisinau, in Kraft.

Geschehen zu Berlin am 26. August 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in moldauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

de Convenția mai sus numită. Ea se execută în conformitate cu legislația internă a statului respectiv.“

Articolul 3

Prezentul Protocol de amendament constituie partea integrantă a Acordului între Republica Federală Germania și Republica Moldova privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor, semnat la Chișinău la 28 februarie 1994, precum și a Protocolului acestuia care vor fi interpretate și aplicate ca un acord unic.

Articolul 4

(1) Prezentul Protocol de amendament va fi supus ratificării, instrumentele de ratificare urmînd a fi schimbate cît mai curînd.

(2) Prezentul Protocol de amendament va intra în vigoare împreună cu Acordul între Republica Federală Germania și Republica Moldova privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor, semnat la Chișinău la 28 februarie 1994.

Semnat la Berlin la 26 august 2003 în două exemplare originale, fiecare în limba germană și în limba moldovenească, ambele texte avînd aceeași valabilitate.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pentru Republica Federală Germania

Martin Lutz

Für die Republik Moldau
Pentru Republica Moldova

Tăbăcaru

Gesetz
zu dem Abkommen vom 10. Juli 2000
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Palästinensischen Befreiungsorganisation
zugunsten der Palästinensischen Behörde
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Vom 4. Mai 2005

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Ramallah am 10. Juli 2000 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Palästinensischen Befreiungsorganisation zugunsten der Palästinensischen Behörde über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 4. Mai 2005

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Arbeit
Wolfgang Clement

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Palästinensischen Befreiungsorganisation
zugunsten der Palästinensischen Behörde
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Palestine Liberation Organization
for the benefit of the Palestinian Authority
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection
of Investments

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Palästinensische Befreiungsorganisation
zugunsten der Palästinensischen Behörde –

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Palestine Liberation Organization
for the benefit of the Palestinian Authority –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Vertragsparteien zu vertiefen,

desiring to intensify economic co-operation between both Contracting Parties,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren der einen Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei zu schaffen,

intending to create favourable conditions for investments by investors of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party,

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both peoples –

haben unter Berücksichtigung des Israelisch-palästinensischen Interimsabkommens vom 28. September 1995 über das Westjordanland und den Gaza-Streifen Folgendes vereinbart:

taking into account the Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip of 28 September 1995 have agreed as follows:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Abkommens

1. umfasst der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

Article 1

For the purposes of this Agreement

1. the term “investments” comprises every kind of asset, in particular:
- (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
 - (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
 - (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
 - (d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, industrial designs, trademarks, tradenames, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;
 - (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Investor“
- a) natürliche Personen
- in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - in Bezug auf die Palästinensische Behörde:
wahlberechtigte natürliche Personen, die ihren ständigen Wohnsitz in den in Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe b genannten Gebieten haben;
- b) juristische Personen
- jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Gebiet der jeweiligen Vertragspartei hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
4. bezeichnet der Begriff „Gebiet“
- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
- das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Küstenmeers,
- b) in Bezug auf die Palästinensische Behörde:
- die unter Selbstverwaltung der Palästinensischen Behörde stehenden Gebiete.
2. the term “returns” means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;
3. the term “investor” means
- (a) natural persons
- in respect of the Federal Republic of Germany:
Germans within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany,
 - in respect of the Palestinian Authority:
natural persons entitled to vote and having their permanent residence in the territory referred to in Article 1 point 4 subparagraph (b);
- (b) juridical persons
- any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the respective Contracting Party, irrespective of whether or not its activities are directed at profit;
4. the term “territory” means
- (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
the territory of the Federal Republic of German including the territorial sea,
- (b) in respect of the Palestinian Authority:
the territory under the self-administration of the Palestinian Authority.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Gebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird solche Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Gebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Gebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluss von Investoren der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren von Nichtvertragsparteien dieses Abkommens.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Gebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren von Nichtvertragsparteien dieses Abkommens.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren von Nichtvertragsparteien dieses Abkommens wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren von Nichtvertragsparteien dieses Abkommens aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by investors of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of investors of the other Contracting Party.

Article 3

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or controlled by investors of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own investors or to investments of investors of non-Contracting Parties to this Agreement.

(2) Neither Contracting Party shall subject investors of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own investors or to investors of non-Contracting Parties to this Agreement.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to investors of non-Contracting Parties to this Agreement on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting Party accords to investors of non-Contracting Parties to this Agreement by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Gebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Gebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Gebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Gebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 sowie Artikel 5 entsprechend.

Article 4

(1) Investments by investors of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by investors of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Investors of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which the latter Contracting Party accords to its own investors as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Investors of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to investors of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) the returns;
- (c) the repayment of loans;
- (d) the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) the compensation provided for in Article 4.

Article 6

If either Contracting Party makes a payment to any of its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such investor to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktkurs.

(2) Gibt es keinen Devisenmarkt, so gilt der Kreuzkurs (cross rate), der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Enthalten die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder völkerrechtliche Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung diesem Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Gebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieses Abkommen gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Gebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Palästinensische Behörde beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf eine Person als Obmann einigen, die weder ein Angehöriger der einen noch der anderen Vertragspartei ist. Die genannte Person ist von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Palästinensischen Behörde zu bestellen. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident ein Angehöriger einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident ein Angehöriger einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das kein Angehöriger einer der beiden Vertragsparteien ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Article 7

(1) Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the market rate of exchange applicable on the day of the transfer.

(2) Should there be no foreign exchange market, the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights shall apply.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Agreement contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Agreement.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

Article 9

This Agreement shall also apply to investments made prior to its entry into force by investors of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation.

Article 10

(1) Divergencies between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement should as far as possible be settled by the Government of the Federal Republic of Germany and by the Palestinian Authority.

(2) If a divergency cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a person as their chairman who is not a national of either Contracting Party. The aforementioned person shall be appointed by the Government of the Federal Republic of Germany and by the Palestinian Authority. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitration tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

(6) Sind beide Vertragsparteien dem Übereinkommen vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten beigetreten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Investoren einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Abkommens anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei werden, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird Artikel 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe angewendet, dass die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und dass, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, dass beide Vertragsparteien dem Übereinkommen vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten beigetreten sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieses Abkommen gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation. Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf

(6) If both Contracting Parties have acceded to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, the arbitration tribunal provided for above may in consideration of the provisions of Article 27 (1) of the said Convention not be appealed to insofar as agreement has been reached between the investor of one Contracting Party and the other Contracting Party under Article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitration tribunal in the event that a decision of the Arbitration Tribunal established under the said Convention is not complied with (Article 27) or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in Article 6 of this Agreement.

Article 11

(1) Divergencies concerning investments between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party shall as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the divergency cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the investor of the other Contracting Party, be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute have agreed otherwise, the provisions of Article 10 (3) to (5) shall be applied mutatis mutandis on condition that the appointment of the members of the arbitration tribunal in accordance with Article 10 (3) is effected by the parties in dispute and that, insofar as the periods specified in Article 10 (3) are not observed, either party in dispute may, in the absence of other arrangements, invite the President of the Court of International Arbitration of the International Chamber of Commerce in Paris to make the required appointments. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(3) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting Party involved in the dispute shall not raise the objection that the investor of the other Contracting Party has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

(4) In the event of both Contracting Parties have acceded to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, divergencies under this Article between the parties in dispute shall be submitted for arbitration under the aforementioned Convention, unless the parties in dispute agree otherwise; each Contracting Party herewith declares its acceptance of such a procedure.

Article 12

This Agreement shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 13

The attached Protocol shall form an integral part of this Agreement.

Article 14

(1) This Agreement shall enter into force one month from the date on which the Contracting Parties have notified each other that their respective requirements for the entry into force of this Agreement have been fulfilled. Decisive is the date of receipt of the last notification. This Agreement shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the

Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit von einer der beiden Vertragsparteien mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(2) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

Geschehen zu Ramallah am 10. Juli 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

expiry of the period of ten years this Agreement may be denounced at any time by either Contracting Party giving twelve months' notice.

(2) In respect of investments made prior to the date of termination of this Agreement, the provisions of Articles 1 to 13 shall continue to be effective for a further period of fifteen years from the date of termination of this Agreement.

Done at Ramallah on 10 July 2000 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Horst Freitag

Für die Palästinensische Befreiungsorganisation
zugunsten der Palästinensischen Behörde
For the Palestine Liberation Organization
for the benefit of the Palestinian Authority

Maher Al-Masri

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Palästinensischen Befreiungsorganisation
zugunsten der Palästinensischen Behörde
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Protocol
to the Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Palestine Liberation Organization
for the benefit of the Palestinian Authority
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection
of Investments

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Palästinensischen Befreiungsorganisation zugunsten der Palästinensischen Behörde über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Abkommens gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Angehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepass oder ein vergleichbares Dokument besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Gebiet von Investoren der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz des Abkommens.
- b) Das Abkommen gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Die Palästinensische Behörde behält sich das Recht vor, hinsichtlich des Eigentumserwerbs an unbeweglichen Vermögenswerten Ausnahmen von der Inländerbehandlung aufrechtzuerhalten, sofern diese Ausnahmen auf der Grundlage des geltenden Rechts und in nichtdiskriminierender Weise durchgeführt werden.
- b) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage sowie die Verfügung darüber anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und

On signing the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Palestine Liberation Organization for the benefit of the Palestinian Authority concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the plenipotentiaries, being duly authorized, have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Agreement:

1. Ad Article 1

- (a) Returns from the investment and, in the event of their re-investment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.
- (b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport or a comparable document issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Contracting Party.

2. Ad Article 2

- (a) Investments made, in accordance with the legislation of either Contracting Party, within the territory of that Contracting Party by investors of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of the Agreement.
- (b) The Agreement shall also apply to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

3. Ad Article 3

- (a) The Palestinian Authority reserves the right to maintain exceptions to the principles of national treatment with regard to the acquisition of immovable property, provided that these exceptions are in accordance with the applicable law and non-discriminatory.
- (b) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed “activity” within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use, enjoyment and disposal of an investment. The following shall, in particular, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3: unequal treatment in the case of restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, unequal treat-

Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

- c) Artikel 3 verpflichtet eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Gebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Gebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszudehnen.
- d) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Gebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Gebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch behördliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 5

- a) Während einer Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2002 wird die Palästinensische Behörde alle Anstrengungen unternehmen, die für den freien Transfer erforderlichen Devisen zur Verfügung zu stellen, insbesondere für den Transfer von Erträgen. Nach Ablauf dieser Übergangsfrist gilt Artikel 5 uneingeschränkt.
- b) Unabhängig davon sind Entschädigungen nach Artikel 4 dieses Vertrags frei transferierbar.

(6) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschließen noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

ment in the case of impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3.

- (c) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to investors resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to investors resident in its territory.
- (d) The Contracting Parties shall within the framework of their legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

4. Ad Article 4

A claim to compensation shall also exist when the economic substance of the company in which the investment is made is severely impaired as a result of measures taken by an authority.

5. Ad Article 5

- (a) During an interim period until 31 December 2002, the Palestinian Authority will undertake every effort to make foreign exchange available for the free transfer, in particular for the transfer of returns. After this interim period Article 5 shall be applicable without restrictions.
- (b) Notwithstanding the above provision, payments of compensation in accordance with Article 4 shall be transferred freely.

6. Ad Article 7

A transfer shall be deemed to have been made “without delay” within the meaning of Article 7 (1) if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

7. Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport.

Gesetz
zu dem Änderungs- und Ergänzungsprotokoll vom 14. Mai 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
zu dem Vertrag vom 10. November 1989
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 4. Mai 2005

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 14. Mai 2003 unterzeichneten Änderungs- und Ergänzungsprotokoll zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zum am 10. November 1989 in Warschau unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1990 II S. 606; 1991 II S. 1049) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Investor kann ein internationales Schiedsgericht nach Artikel 11 Abs. 2 des am 10. November 1989 unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen in der Fassung des Artikels 3 des vorliegenden Änderungs- und Ergänzungsprotokolls auch dann noch anrufen, wenn ein deutsches Gericht darüber ein Sachurteil gefällt hat.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 5 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 4. Mai 2005

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Arbeit
Wolfgang Clement

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

**Änderungs- und Ergänzungsprotokoll
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
zum am 10. November 1989 in Warschau unterzeichneten Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Protokół
między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską
dotyczący zmian i uzupełnień Umowy
między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową
w sprawie popierania i wzajemnej ochrony inwestycji,
podpisanej w Warszawie dnia 10 listopada 1989 roku**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska

sind übereingekommen, den Vertrag vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wie folgt zu ändern beziehungsweise zu ergänzen:

uzgodniły dokonanie w Umowie w sprawie popierania i wzajemnej ochrony inwestycji, zawartej dnia 10 listopada 1989 roku między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową, następujących zmian i uzupełnień:

Artikel 1

Artikel 4 Absatz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Gebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen (im Folgenden „Enteignung“). Die Entschädigung muss dem Marktwert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor der Enteignung oder vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Enteignung öffentlich bekannt wurde, je nachdem, was das Frühere ist, und wird nach allgemein anerkannten Bewertungsgrundsätzen unter Berücksichtigung der wesentlichen Umstände für die Kapitalanlage ermittelt. Die Entschädigung muss unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Monaten, geleistet werden und ist ab dem dritten Monat bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Der Investor hat das Recht, die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung von dem zuständigen Gericht der Vertragspartei nachprüfen zu lassen, in deren Gebiet die Enteignung erfolgte.“

Artikel 2

Artikel 11 Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(1) Streitigkeiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen dem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei über Rechte und Pflichten, die sich aus diesem Vertrag ergeben, sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.“

Artykuł 1

Artykuł 4 ustęp 2 otrzymuje brzmienie:

„2. Inwestycje inwestorów jednej Umawiającej się Strony mogą na terytorium drugiej Umawiającej się Strony ulec wywłaszczeniu, nacjonalizacji lub mogą być poddane innym środkom równoznacznym w skutkach z wywłaszczeniem lub nacjonalizacją (zwane dalej „wywłaszczeniem”) tylko w interesie publicznym i za odszkodowaniem. Odszkodowanie musi odpowiadać wartości rynkowej wywłaszczonej inwestycji bezpośrednio przed jej wywłaszczeniem lub przed momentem, w którym wywłaszczenie stało się publicznie znane, w zależności od tego, co nastąpiło wcześniej, i ustalone zostanie zgodnie z powszechnie uznanymi zasadami wyceny z uwzględnieniem okoliczności istotnych dla inwestycji. Odszkodowanie musi być wypłacone niezwłocznie, najpóźniej jednak w ciągu dwóch miesięcy; poczynając od trzeciego miesiąca do momentu wypłaty podlega ono oprocentowaniu według normalnej bankowej stopy procentowej; musi być zapewniona rzeczywista możliwość wykorzystania i transferu tego odszkodowania. Właściwy sposób ustalenia i wypłacenia odszkodowania powinien zostać ustalony najpóźniej w momencie wywłaszczenia. Inwestor ma prawo zbadania zgodności z prawem wywłaszczenia oraz wysokości odszkodowania przez właściwy sąd Umawiającej się Strony, na terytorium której nastąpiło wywłaszczenie.“

Artykuł 2

Artykuł 11 ustęp 1 otrzymuje brzmienie:

„1. Spory dotyczące inwestycji między inwestorem jednej Umawiającej się Strony a drugą Umawiającą się Stroną w zakresie praw i obowiązków wynikających z niniejszej Umowy powinny być w miarę możliwości rozstrzygane polubownie między stronami sporu.“

Artikel 3

Artikel 11 Absatz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(2) Wird eine solche Streitigkeit innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Geltendmachung durch eine der Streitparteien nicht gütlich beigelegt, so hat der Investor das Recht, die Streitigkeit entweder den zuständigen Gerichten der anderen Vertragspartei oder einem internationalen Schiedsgericht vorzulegen. Hat ein Investor einer der Vertragsparteien eine Streitigkeit im Zusammenhang mit einer auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei getätigten Kapitalanlage einem zuständigen Gericht der anderen Vertragspartei vorgelegt, so kann er die Klage bis zum Ergehen des Urteils in der Sache zurücknehmen und die Streitigkeit einem internationalen Schiedsgericht vorlegen. In diesem Fall wird die andere Vertragspartei der Rücknahme der Klage zustimmen. Sofern das innerstaatliche Recht der anderen Vertragspartei dies zulässt, kann der Investor eine solche Streitigkeit auch nach Ergehen des Urteils in der Sache einem internationalen Schiedsgericht vorlegen.“

Artikel 4

Artikel 11 Absatz 3 wird gestrichen. Artikel 11 Absätze 4 und 5 werden entsprechend Absätze 3 und 4.

Artikel 5

(1) Dieses Änderungs- und Ergänzungsprotokoll bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Warschau ausgetauscht.

(2) Dieses Änderungs- und Ergänzungsprotokoll tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 6

Dieses Änderungs- und Ergänzungsprotokoll bleibt so lange in Kraft, wie der am 10. November 1989 in Warschau unterzeichnete Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen in Kraft bleibt.

Geschehen zu Berlin am 14. Mai 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artykuł 3

Artykuł 11 ustęp 2 otrzymuje brzmienie:

„2. Jeżeli spór taki nie zostanie rozstrzygnięty polubownie w ciągu sześciu miesięcy od chwili zgłoszenia go przez jedną ze stron sporu, wówczas inwestor ma prawo przedłożenia go albo właściwym sądom drugiej Umawiającej się Strony, albo międzynarodowemu trybunałowi arbitrażowemu. Jeśli inwestor jednej Umawiającej się Strony przedłożył spór dotyczący inwestycji dokonanej na terytorium drugiej Umawiającej się Strony właściwemu sądowi drugiej Umawiającej się Strony, to może on do czasu wydania wyroku w sprawie cofnąć pozew i przedłożyć taki spór międzynarodowemu trybunałowi arbitrażowemu. W tym wypadku druga Umawiająca się Strona udzieli zgody na cofnięcie pozwu. Inwestor może przedłożyć taki spór międzynarodowemu trybunałowi arbitrażowemu także po wydaniu wyroku w sprawie, jeśli jest to dopuszczone prawem wewnętrznym drugiej Umawiającej się Strony.“

Artykuł 4

Artykuł 11 ustęp 3 zostaje skreślony. Artykuł 11 ustępy 4 i 5 stają się odpowiednio ustępami 3 i 4.

Artykuł 5

1. Niniejszy Protokół dotyczący zmian i uzupełnień podlega ratyfikacji; wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi w Warszawie w możliwie najszybszym terminie.

2. Niniejszy Protokół dotyczący zmian i uzupełnień wejdzie w życie po upływie trzydziestu dni od dnia wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

Artykuł 6

Niniejszy Protokół dotyczący zmian i uzupełnień pozostaje w mocy tak długo, jak długo pozostaje w mocy Umowa podpisana w Warszawie dnia 10 listopada 1989 roku w sprawie popierania i wzajemnej ochrony inwestycji.

Sporządzono w Berlinie, dnia 14 maja 2003 r., w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty mają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec

Klaus Scharioth

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej

Jerzy Hausner

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 27. März 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Tadschikistan
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Vom 4. Mai 2005

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 27. März 2003 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tadschikistan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 4. Mai 2005

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Arbeit
Wolfgang Clement

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Tadschikistan
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Договор
между Федеративной Республикой Германия
и Республикой Таджикистан
о содействии осуществлению
и взаимной защите капиталовложений

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Tadschikistan –

Федеративная Республика Германия
и
Республика Таджикистан –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

желая углублять экономическое сотрудничество между двумя государствами,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

стремясь создать благоприятные условия для осуществления капиталовложений инвесторов одного государства на территории другого государства,

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

сознавая, что содействие осуществлению и договорная защита этих капиталовложений могут оживить частную экономическую инициативу и приумножить благосостояние обоих народов,

haben Folgendes vereinbart:

договорились о нижеследующем:

Artikel 1

Статья 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

Для целей настоящего Договора:

1. umfasst der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

1. Термин «капиталовложения» охватывает все виды имущественных ценностей, а в частности:
 - a) собственность в виде движимых и недвижимых предметов, а также другие имущественные права, такие как ипотечные права и права залога;
 - b) права на долевое участие и другие формы участия в компаниях;
 - c) право требования по денежным средствам, использованным для создания экономических ценностей, или услугам, имеющим экономическую ценность;
 - d) права интеллектуальной собственности, такие как, в частности, авторские права, патенты, полезные модели, промышленные образцы и модели, товарные знаки, фирменные наименования, производственные и коммерческие тайны, технология, «ноу-хау» и «гудвилл»;
 - e) общественно-правовые концессии, включая концессии на разведку и добычу природных ресурсов;

изменение вида вложения имущественных ценностей не затрагивает их свойство как капиталовложение;
2. Термин «доходы» означает суммы, получаемые от капиталовложения за определенный период, такие как доли прибыли, дивиденды, проценты, лицензионные или другие вознаграждения;

3. bezeichnet der Begriff „Investor“

- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
- i) Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - ii) jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in Bezug auf die Republik Tadschikistan:
- eine juristische und eine natürliche Person der Republik Tadschikistan in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften.

Artikel 2

(1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften zulassen.

(2) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in jedem Fall gerecht und billig behandeln und ihnen den vollen Schutz des Vertrags gewähren.

(3) Ein Vertragsstaat wird die Verwaltung, die Erhaltung, den Gebrauch, die Nutzung oder die Verfügung über die Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluss von Investoren des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Investoren des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als seine eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen seiner Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum all-

3. Термин «инвестор» означает:

- a) в отношении Федеративной Республики Германия:
- I) немцев в соответствии с Основным законом Федеративной Республики Германия,
 - II) любое юридическое лицо или торговое общество, прочие компании или объединения с правами юридического лица или без них, с местом расположения на территории Федеративной Республики Германия, невзирая на то, направлена ли их деятельность на получение прибыли или нет;
- b) в отношении Республики Таджикистан:
- юридическое и физическое лицо Республики Таджикистан в соответствии с ее законодательством.

Статья 2

1. Каждое из Договаривающихся Государств по мере возможности будет способствовать на своей территории капиталовложениям инвесторов другого Договаривающегося Государства и будет разрешать эти капиталовложения в соответствии со своим законодательством.

2. Каждое из Договаривающихся Государств в каждом конкретном случае будет обращаться на своей территории с капиталовложениями другого Договаривающегося Государства со всей справедливостью и предоставлять им полную защиту Договора.

3. Ни одно из Договаривающихся Государств на своей территории никоим образом не будет ущемлять за счет принятия произвольных или дискриминационных мер управление и распоряжение капиталовложениями инвесторами другого Договаривающегося Государства, а также их сохранение, применение и использование.

Статья 3

1. Каждое из Договаривающихся Государств обеспечивает на своей территории в отношении капиталовложений, находящихся в собственности или под влиянием инвесторов другого Договаривающегося Государства, режим не менее благоприятный, чем в отношении капиталовложений собственных инвесторов или капиталовложений инвесторов третьих государств.

2. Каждое из Договаривающихся Государств обеспечивает на своей территории в отношении инвесторов другого Договаривающегося Государства в том, что касается их деятельности в связи с капиталовложениями, режим не менее благоприятный, чем в отношении собственных инвесторов или инвесторов третьих государств.

3. Этот режим не распространяется на преимущества, которые одно Договаривающееся Государство предоставляет инвесторам третьих государств в связи с его участием в таможенном или экономическом союзе, общем рынке, или зоне свободной торговли или в связи с его ассоциацией с ними.

4. Режим, предоставляемый в соответствии с настоящей Статьей, не распространяется на льготы, которые одно Договаривающееся Государство предоставляет инвесторам третьих государств на основании соглашения об избежании двойного налогообложения или других договоренностей по налоговым вопросам.

Статья 4

1. Капиталовложения инвесторов одного Договаривающегося Государства на территории другого Договаривающегося Государства пользуются полной защитой и безопасностью.

2. Капиталовложения инвесторов одного Договаривающегося Государства могут быть подвергнуты мерам по при-

gemeinen Wohl und gegen Entschädigung direkt oder indirekt enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat gewährleistet den Investoren des anderen Vertragsstaats den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet ein Vertragsstaat seinen Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat, unbeschadet der Rechte des erstgenannten Vertragsstaats aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an. Ferner erkennt der andere Vertragsstaat den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche der erstgenannte Vertragsstaat in demselben Umfang wie sein Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

нудительному изъятию, национализации или другим прямым или косвенным мерам, аналогичным им по своим последствиям, на территории другого Договаривающегося Государства только в общественных интересах и с выплатой компенсации. Компенсация должна соответствовать стоимости изъятого капиталовложения, определенной непосредственно перед моментом, когда официально стало известно о фактически осуществленных или предстоящих мерах по принудительному изъятию, национализации или мерах с аналогичными последствиями. Компенсация должна выплачиваться незамедлительно и до момента ее выплаты на сумму компенсации начисляются банковские проценты в соответствии с действующей процентной ставкой; она должна быть практически используемой и свободно трансферируемой. Не позднее момента осуществления принудительного изъятия, национализации или меры, аналогичной им по своему характеру, должны быть приняты надлежащие профилактические меры по определению суммы и порядку выплаты компенсации. Должна быть предусмотрена возможность судебного рассмотрения правомерности осуществления принудительного изъятия, национализации или меры, аналогичной им по своему характеру, а также размера компенсации.

3. Инвесторам одного Договаривающегося Государства, капиталовложениям которых нанесен ущерб на территории другого Договаривающегося Государства вследствие войны или прочих вооруженных столкновений, революции, чрезвычайного положения или мятежа, будет предоставлен этим Договаривающимся Государством режим, не менее благоприятный в отношении возмещения убытков, отступных сумм, компенсаций или прочих вознаграждений, чем для своих инвесторов. Эти суммы должны быть свободно трансферируемыми.

4. Инвесторы одного Договаривающегося Государства на территории другого Договаривающегося Государства пользуются режимом наибольшего благоприятствования в отношении вопросов, урегулированных настоящей Статьей.

Статья 5

Каждое из Договаривающихся Государств гарантирует инвесторам другого Договаривающегося Государства свободный трансферт платежей в связи с капиталовложением, в частности:

- a) капитала и дополнительных сумм для поддержания или увеличения объема капиталовложения;
- b) доходов;
- c) сумм, выплачиваемых в погашение займов;
- d) выручки, возникающей в связи с полной или частичной ликвидацией или продажей капиталовложения;
- e) компенсаций, предусмотренных в Статье 4 настоящего Договора.

Статья 6

Если одно из Договаривающихся Государств осуществляет выплату сумм своим инвесторам на основании гарантии капиталовложения на территории другого Договаривающегося Государства, то это другое Договаривающееся Государство, без ущемления для вытекающих из Статьи 10 настоящего Договора прав первого Договаривающегося Государства, будет признавать передачу первому Договаривающемуся Государству всех прав или требований этих инвесторов в силу закона или договора. Кроме того, другое Договаривающееся Государство признает вступление первого Договаривающегося Государства во все эти права или требования (переданные требования), которые первое Договаривающееся Государство вправе осуществлять в том же объеме, что и его предшественник по праву. В отношении трансферта платежей, осуществляемых на основании

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absätze 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktkurs.

(2) Gibt es keinen Devisenmarkt, so gilt der Kreuzkurs (cross rate), der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren des einen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats in dessen Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so

переданных требований, действуют соответственно пункты 2 и 3 Статьи 4, а также Статья 5 настоящего Договора.

Статья 7

1. Трансферт платежей, указанных в пунктах 2 или 3 Статьи 4, а также в Статьях 5 или 6, будет осуществляться незамедлительно по рыночному курсу, действующему в день трансферта.

2. Если не существует валютного рынка, тогда действует совмещенный курс (cross rate), вытекающий из тех расчетных курсов, которые Международный валютный фонд взял бы за основу пересчета соответствующих валют в специальные права заимствования в момент осуществления платежей.

Статья 8

1. Если из законодательства одного Договаривающегося Государства или международно-правовых соглашений, существующих между Договаривающимися Государствами наряду с настоящим Договором или заключаемых ими в будущем, вытекает общее или специальное положение, согласно которому капиталовложения инвесторов другого Договаривающегося Государства пользуются более благоприятным режимом, чем по настоящему Договору, то такое положение будет иметь преимущество перед положениями настоящего Договора в той части, в которой оно более благоприятно.

2. Каждое из Договаривающихся Государств будет соблюдать любое другое обязательство, которое оно приняло на себя в отношении капиталовложений инвесторов другого Договаривающегося Государства на своей территории.

Статья 9

Настоящий Договор действует также в отношении капиталовложений, которые были осуществлены инвесторами одного Договаривающегося Государства в соответствии с законодательством другого Договаривающегося Государства на его территории уже до вступления в силу настоящего Договора.

Статья 10

1. Споры между обоими Договаривающимися Государствами толковании или применении настоящего Договора будут по возможности решаться правительствами двух Договаривающихся Государств.

2. Если спор не может быть урегулирован таким путем, то по требованию одного из Договаривающихся Государств он передается на решение арбитражного суда.

3. Арбитражный суд создается для каждого конкретного случая, причем каждое Договаривающееся Государство назначает по одному члену арбитражного суда, и оба члена арбитражного суда совместно договариваются о кандидатуре гражданина третьего государства, который назначается правительствами обоих Договаривающихся Государств в качестве председателя арбитражного суда. Члены арбитражного суда должны быть назначены в течение двух месяцев, а председатель арбитражного суда – в течение трех месяцев с момента, когда одно из Договаривающихся Государств сообщит другому Договаривающемуся Государству о своем намерении передать спор на решение арбитражного суда.

4. Если сроки, указанные в пункте 3 настоящей Статьи, не будут соблюдены, то при отсутствии иной договоренности каждое Договаривающееся Государство может обратиться к председателю Международного суда ООН с просьбой осуществить необходимые назначения. Если председатель имеет гражданство одного из Договаривающихся Госу-

soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einem der Vertragsstaaten und einem Investor des anderen Vertragsstaats sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors des anderen Vertragsstaats einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und dass, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Investor des anderen Vertragsstaats eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, dass beide Vertragsstaaten auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des genannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jeder Vertragsstaat erklärt hiermit sein Einverständnis mit einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsstaaten diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

дарств или другая причина мешает ему осуществить назначения, то его заместитель осуществит их. В том случае, если и заместитель председателя имеет гражданство одного из Договаривающихся Государств, или он также лишен возможности действовать, то назначения осуществит следующий по чину член Международного суда, не имеющий гражданства одного из Договаривающихся Государств.

5. Арбитражный суд выносит свое решение большинством голосов. Его решение имеет обязательную силу. Каждое из Договаривающихся Государств несет расходы, связанные с деятельностью назначенного им члена арбитражного суда, а также по своему представительству в арбитражном процессе; расходы, связанные с деятельностью председателя арбитражного суда, а также прочие расходы Договаривающихся Государств несут в равных долях. Арбитражный суд может принять другое решение о несении расходов. По всем остальным вопросам арбитражный суд определяет порядок своей работы самостоятельно.

Статья 11

1. Споры относительно капиталовложений между одним Договаривающимся Государством и инвестором другого Договаривающегося Государства должны по возможности регулироваться сторонами в споре дружественным путем.

2. Если спор не может быть урегулирован в течение шести месяцев с момента заявления о нем одной из сторон в споре, то по требованию инвестора другого Договаривающегося Государства он передается на решение арбитражного суда. Если стороны в споре не договариваются об иной процедуре, то следует соответственно применять пункты 3–5 Статьи 10 настоящего Договора таким образом, чтобы назначение членов арбитражного суда осуществлялось сторонами в споре в соответствии с пунктом 3 Статьи 10 настоящего Договора, и чтобы каждая сторона в споре, в случае несоблюдения срока, указанного в пункте 3 Статьи 10 настоящего Договора, в силу отсутствия иной договоренности – могла просить председателя арбитражного суда Международной торговой палаты в Париже выполнить необходимые назначения. Решение арбитражного суда приводится в исполнение в соответствии с национальным законодательством.

3. Во время арбитражного разбирательства или исполнения решения арбитражного суда участвующее в споре Договаривающееся Государство не будет выдвигать в качестве аргумента то, что инвестор другого Договаривающегося Государства получил частичную или полную компенсацию за понесенный ущерб на основании страхования.

4. Если оба Договаривающиеся Государства являются также Договаривающимися Государствами Конвенции об урегулировании споров между государствами и гражданами других государств относительно капиталовложений от 18 марта 1965 г., то упомянутые в этой Статье споры между участвующими в них сторонами будут рассматриваться в арбитражном суде в соответствии с вышеуказанной Конвенцией за исключением тех случаев, в отношении которых стороны в споре договариваются об иной процедуре; настоящим каждое Договаривающееся Государство дает свое согласие на такой порядок.

Статья 12

Настоящий Договор действует независимо от того, существуют ли между обоими Договаривающимися Государствами дипломатические или консульские отношения.

Статья 13

Прилагаемый Протокол является составной частью настоящего Договора.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht einer der beiden Vertragsstaaten den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf auf diplomatischem Wege schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die vorstehenden Artikel noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Berlin am 27. März 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher, tadschikischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des tadschikischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Статья 14

1. Настоящий Договор подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами будет осуществлен в возможно короткий срок.

2. Настоящий Договор вступит в силу через один месяц после обмена ратификационными грамотами. Он будет действовать в течение десяти лет. Если ни одно из Договаривающихся Государств не заявит по дипломатическим каналам в письменной форме о денонсации настоящего Договора за двенадцать месяцев до истечения срока его действия, настоящий Договор продлевается на неограниченный срок. По истечении десяти лет действие настоящего Договора может быть прекращено в любое время при соблюдении срока денонсации в двенадцать месяцев.

3. В отношении капиталовложений, осуществленных до момента прекращения действия настоящего Договора, вышестоящие Статьи будут оставаться в силе в течение дальнейших двадцати лет со дня прекращения действия Договора.

Совершено в г. Берлине 27 марта 2003 года, в двух экземплярах, каждый на немецком, таджикском и русском языках, причем все тексты имеют силу. В случае возникновения расхождений в толковании немецкого и таджикского текстов, русский текст является основным.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия

Klaus Scharioth

Für die Republik Tadschikistan
За Республику Таджикистан

Solijew

Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Tadschikistan
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Протокол
к Договору
между Федеративной Республикой Германия
и Республикой Таджикистан
о содействии осуществлению и взаимной
защите капиталовложений

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tadschikistan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrags gelten:

1. Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger eines Vertragsstaats jede Person, die einen von den zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsstaats ausgestellten nationalen Reisepass besitzt.

2. Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht dem jeweiligen Vertragsstaat die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

3. Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch, die Nutzung und die Verfügung über eine Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Artikel 3 verpflichtet einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die nach den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige Investoren auszudehnen.

При подписании Договора между Федеративной Республикой Германия и Республикой Таджикистан о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений должным образом на то уполномоченные лица договорились также о следующих положениях, являющихся составной частью Договора.

1. К статье 1

- a) Доходы от капиталовложения и, в случае их повторного вложения, доходы от них пользуются равной с капиталовложением защитой.
- b) Без ущерба для других процедур определения гражданства, гражданином одного Договаривающегося Государства, в частности, считается любое лицо, которое имеет национальный заграничный паспорт, выданный компетентными органами соответствующего Договаривающегося Государства.

2. К статье 2

Настоящий Договор действует также на территории исключительной экономической зоны и на континентальном шельфе, насколько международное право допускает осуществление соответствующим Договаривающимся Государством суверенных прав или юрисдикции в отношении этих территорий.

3. К статье 3

- a) В качестве «деятельности» в смысле пункта 2 Статьи 3 настоящего Договора следует рассматривать, в частности, но не исключительно управление и распоряжение капиталовложением, а также его сохранение, применение и использование. В качестве «менее благоприятного» режима в смысле Статьи 3 настоящего Договора следует, в частности, рассматривать: неодинаковый режим в случае ограничения в приобретении сырья и вспомогательных материалов, энергии и топлива, а также всех видов средств производства и оборотных средств, неодинаковый режим в случае ограничения сбыта, продукции внутри страны и за границей, а также прочие меры с аналогичными последствиями. Меры, предпринимаемые в интересах общественной безопасности и общественного порядка, охраны здоровья народа или нравственности, не считаются, «менее благоприятным» режимом в смысле Статьи 3 настоящего Договора.
- b) Положения Статьи 3 настоящего Договора не обязывают Договаривающееся Государство распространять налоговые льготы, освобождения и скидки, предоставляемые в соответствии с налоговым законодательством только инвесторам с местом жительства на его территории, на

- c) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitsgenehmigung werden wohlwollend geprüft.

4. Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

5. Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird ein Vertragsstaat die Transportunternehmen des anderen Vertragsstaats weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von
- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

инвесторов с местом жительства на территории другого Договаривающегося Государства.

- c) В рамках национального законодательства Договаривающиеся Государства будут благожелательно рассматривать заявки на въезд и пребывание лиц одного Договаривающегося Государства, намеревающихся приехать на территорию другого Договаривающегося Государства в связи с капиталовложением; данное положение распространяется также на работников из одного Договаривающегося Государства, которые в связи с капиталовложением намереваются приехать на территорию другого Договаривающегося Государства и находиться там с целью выполнения трудовой деятельности. Благожелательно будут рассматриваться также заявки на выдачу разрешения на работу.

4. К статье 7

Трансферт считается выполненным «незамедлительно» в смысле пункта 1 Статьи 7 настоящего Договора в том случае, если он выполняется в пределах того срока, который при нормальных обстоятельствах требуется для соблюдения формальностей осуществления трансферта. Срок начинается с момента подачи соответствующей заявки и ни в коем случае не должен превышать два месяца.

5. При перевозке грузов и лиц в связи с капиталовложением ни одно из Договаривающихся Государств не будет запрещать или препятствовать транспортным предприятиям другого Договаривающегося Государства осуществлять транспортные операции и будет, по мере необходимости, выдавать разрешения на выполнение этих перевозок. Сюда относятся перевозки
- a) грузов, предназначенных непосредственно для капиталовложения в смысле настоящего Договора, или приобретаемых на территории одного из Договаривающихся Государств или третьего государства за счет средств или по поручению предприятия, в которое вложены имущественные ценности в смысле настоящего Договора;
- b) лиц, находящихся в командировке в связи с капиталовложением.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Vereinbarung
über die Satzung der Europäischen Schulen**

Vom 18. März 2005

I.

Die Vereinbarung vom 21. Juni 1994 über die Satzung der Europäischen Schulen (BGBl. 1996 II S. 2558) wird nach ihrem Artikel 32 Abs. 2 für

Malta am 1. September 2005
in Kraft treten.

II.

Die Bekanntmachung vom 23. November 2004 (BGBl. II S. 1728) wird hinsichtlich des Inkrafttretensdatums für Litauen dahingehend berichtigt, dass das Übereinkommen für Litauen

am 1. September 2005
in Kraft treten wird.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. November 2004 (BGBl. II S. 1728).

Berlin, den 18. März 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
des deutsch-angolanischen Abkommens
über Technische Zusammenarbeit**

Vom 22. März 2005

Das in Luanda am 29. Oktober 1993 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Angola über Technische Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7 Abs. 1

am 16. März 1995
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 22. März 2005

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Hofmann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Angola über Technische Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Angola

auf der Grundlage der zwischen beiden Staaten und ihren Völkern bestehenden Beziehungen,

in Anbetracht ihres gemeinsamen Interesses an der Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts ihrer Staaten und Völker und

in dem Wunsch, die Beziehungen durch technische Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen zu vertiefen –

sind wie folgt übereinkommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien arbeiten zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Völker zusammen.

(2) Dieses Abkommen beschreibt die Rahmenbedingungen für die Technische Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien. Die Vertragsparteien können ergänzende Übereinkünfte über einzelne Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit (im folgenden als „Projektvereinbarungen“ bezeichnet) schließen. Dabei bleibt jede Vertragspartei für die Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit in ihrem Land selbst verantwortlich. In den Projektvereinbarungen wird die gemeinsame Konzeption des Vorhabens festgelegt, wozu insbesondere sein Ziel, die Leistungen der Vertragsparteien, Aufgaben und organisatorische Stellung der Beteiligten und der zeitliche Ablauf gehören.

Artikel 2

(1) Die Projektvereinbarungen können eine Förderung durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in folgenden Bereichen vorsehen:

- a) Ausbildungs-, Beratungs-, Forschungs- und sonstige Einrichtungen in der Republik Angola;
- b) Erstellung von Planungen, Studien und Gutachten;
- c) andere Bereiche der Zusammenarbeit, auf die sich die Vertragsparteien einigen.

(2) Die Förderung kann erfolgen:

- a) durch Entsendung von Fachkräften wie Ausbildern, Beratern, Gutachtern, Sachverständigen, wissenschaftlichem und technischem Personal sowie Projektassistenten; das

gesamte im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland entsandte Personal wird im folgenden als „entsandte Fachkräfte“ bezeichnet;

- b) durch Lieferung von Material und Ausrüstung (im folgenden als „Material“ bezeichnet);
- c) durch Aus- und Fortbildung von angolischen Fach- und Führungskräften und Wissenschaftlern in der Republik Angola, in der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen Ländern;
- d) in anderer geeigneter Weise.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland übernimmt für die von ihr geförderten Vorhaben die Kosten für folgende Leistungen, soweit die Projektvereinbarungen nicht etwas Abweichendes vorsehen:

- a) Vergütungen für die entsandten Fachkräfte;
- b) Unterbringung der entsandten Fachkräfte und ihrer Familienmitglieder, soweit nicht diese die Kosten tragen;
- c) Dienstreisen der entsandten Fachkräfte innerhalb und außerhalb der Republik Angola;
- d) Beschaffung des in Absatz 2 Buchstabe b genannten Materials;
- e) Transport und Versicherung des in Absatz 2 Buchstabe b genannten Materials bis zum Standort der Vorhaben; hiervon ausgenommen sind die in Artikel 3 Buchstabe b genannten Abgaben und Lagergebühren;
- f) Aus- und Fortbildung von angolischen Fach- und Führungskräften und Wissenschaftlern entsprechend den jeweils geltenden deutschen Richtlinien.

(4) Soweit die Projektvereinbarungen nicht etwas Abweichendes vorsehen, geht das im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die Vorhaben gelieferte Material bei seinem Eintreffen in der Republik Angola in das Eigentum der Republik Angola über; das Material steht den geförderten Vorhaben und den entsandten Fachkräften für ihre Aufgaben uneingeschränkt zur Verfügung.

(5) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet die Regierung der Republik Angola darüber, welche Träger, Organisationen oder Stellen sie mit der Durchführung ihrer Förderungsmaßnahmen für das jeweilige Vorhaben beauftragt. Die beauftragten Träger, Organisationen oder Stellen werden im folgenden als „durchführende Stellen“ bezeichnet.

Artikel 3

Leistungen der Regierung der Republik Angola

Sie

- a) stellt auf ihre Kosten für die Vorhaben in der Republik Angola die erforderlichen Grundstücke und Gebäude einschließlich deren Einrichtung zur Verfügung, soweit nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Einrichtung auf ihre Kosten liefert;
- b) befreit das im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die Vorhaben gelieferte Material von Lizenzen, Hafengebühren, Ein- und Ausfuhr- und sonstigen öffentlichen Abgaben sowie von Lagergebühren und stellt sicher, daß das Material unverzüglich entzollt wird. Die vorstehenden Befreiungen gelten auf Antrag der durchführenden Stellen auch für in der Republik Angola beschafftes Material;
- c) trägt die Betriebs- und Instandhaltungskosten für die Vorhaben;
- d) stellt auf ihre Kosten die jeweils erforderlichen angolanschen Fach- und Hilfskräfte zur Verfügung; in den Projektvereinbarungen soll ein Zeitplan hierfür festgelegt werden;
- e) sorgt dafür, daß die Aufgaben der entsandten Fachkräfte so bald wie möglich durch angolansche Fachkräfte fortgeführt werden. Soweit diese Fachkräfte im Rahmen dieses Abkommens in der Republik Angola, in der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen Ländern aus- oder fortgebildet werden, benennt sie rechtzeitig unter Beteiligung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Luanda oder der von dieser benannten Fachkräfte genügend Bewerber für diese Aus- und Fortbildung. Sie benennt nur solche Bewerber, die sich ihr gegenüber verpflichtet haben, nach ihrer Aus- oder Fortbildung mindestens fünf Jahre an dem jeweiligen Vorhaben zu arbeiten. Sie sorgt für angemessene Bezahlung dieser angolanschen Fachkräfte;
- f) erkennt die Prüfungen, die im Rahmen dieses Abkommens aus- und fortgebildete angolansche Staatsangehörige abgelegt haben, entsprechend ihrem fachlichen Niveau an. Sie eröffnet diesen Personen ausbildungsgerechte Anstellungs- und Aufstiegsmöglichkeiten oder Laufbahnen;
- g) gewährt den entsandten Fachkräften jede Unterstützung bei der Durchführung der ihnen übertragenen Aufgaben und stellt ihnen alle hierzu erforderlichen Unterlagen zur Verfügung;
- h) stellt sicher, daß die zur Durchführung der Vorhaben erforderlichen Leistungen erbracht werden, soweit diese nicht nach den Projektvereinbarungen von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland übernommen werden;
- i) stellt sicher, daß alle mit der Durchführung dieses Abkommens und der Projektvereinbarungen befaßten angolanschen Stellen rechtzeitig und umfassend über deren Inhalt unterrichtet werden.

Artikel 4

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sorgt dafür, daß die entsandten Fachkräfte verpflichtet werden,

- a) nach besten Kräften im Rahmen der über ihre Arbeit getroffenen Vereinbarungen zur Erreichung der in Artikel 55 der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Ziele beizutragen;
- b) sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Republik Angola einzumischen;
- c) die Gesetze der Republik Angola zu befolgen und ihre Sitten und Gebräuche zu achten;
- d) keine andere wirtschaftliche Tätigkeit als diejenige auszuüben, mit der sie beauftragt sind;

- e) mit den amtlichen Stellen der Republik Angola vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sorgt dafür, daß vor Entsendung einer Fachkraft die Zustimmung der Regierung der Republik Angola eingeholt wird. Die durchführende Stelle bittet die Regierung der Republik Angola unter Übersendung des Lebenslaufs um Zustimmung zur Entsendung der von ihr ausgewählten Fachkraft. Geht innerhalb von zwei Monaten keine ablehnende Mitteilung der Regierung der Republik Angola ein, so gilt dies als Zustimmung.

(3) Wünscht die Regierung der Republik Angola die Abberufung einer entsandten Fachkraft, so wird sie frühzeitig mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Verbindung aufnehmen und die Gründe für ihren Wunsch darlegen. In gleicher Weise wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, wenn eine entsandte Fachkraft von deutscher Seite abberufen wird, dafür sorgen, daß die Regierung der Republik Angola so früh wie möglich unterrichtet wird.

Artikel 5

(1) Die Regierung der Republik Angola sorgt für den Schutz der Person und des Eigentums der entsandten Fachkräfte und der zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitglieder.

Hierzu gehört insbesondere folgendes:

- a) Sie haftet an Stelle der entsandten Fachkräfte für Schäden, die diese im Zusammenhang mit der Durchführung einer ihnen nach diesem Abkommen übertragenen Aufgabe verursachen; jede Inanspruchnahme der entsandten Fachkräfte ist insoweit ausgeschlossen; ein Erstattungsanspruch, auf welcher Rechtsgrundlage er auch beruht, kann von der Republik Angola gegen die entsandten Fachkräfte nur im Fall von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit geltend gemacht werden;
- b) sie befreit die in Satz 1 genannten Personen von jeder Festnahme oder Haft in Bezug auf Handlungen oder Unterlassungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung einer ihnen nach diesem Abkommen übertragenen Aufgabe stehen;
- c) sie gewährt den in Satz 1 genannten Personen jederzeit die ungehinderte Ein- und Ausreise;
- d) sie stellt den in Satz 1 genannten Personen einen Ausweis aus, in dem auf den besonderen Schutz und die Unterstützung, die die Regierung der Republik Angola ihnen gewährt, hingewiesen wird.

(2) Die Regierung der Republik Angola

- a) erhebt von den aus Mitteln der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an entsandte Fachkräfte für Leistungen im Rahmen dieses Abkommens gezahlten Vergütungen keine Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben; das gleiche gilt für Vergütungen an Firmen, die im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Förderungsmaßnahmen im Rahmen dieses Abkommens durchführen;
- b) gestattet den in Absatz 1 genannten Personen während der Dauer ihres Aufenthalts die abgaben- und kautionsfreie Einfuhr und Ausfuhr der zu ihrem eigenen Gebrauch bestimmten Gegenstände; dazu gehören auch je Haushalt ein Kraftfahrzeug, ein Kühlschrank, eine Tiefkühltruhe, eine Waschmaschine, ein Herd, ein Rundfunkgerät, ein Fernsehgerät, ein Plattenspieler, ein Tonbandgerät, ein Videogerät, kleinere Elektrogeräte sowie je Person ein Klimagerät, ein Heizgerät, ein Ventilator und eine Foto- und Filmausrüstung; die abgaben- und kautionsfreie Einfuhr und Ausfuhr von Ersatzgegenständen ist ebenfalls gestattet, wenn die eingeführten Gegenstände unbrauchbar geworden oder abhanden gekommen sind;

- c) gestattet den in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen die Einfuhr von Medikamenten, Lebensmitteln, Getränken und anderen Verbrauchsgütern im Rahmen ihres persönlichen Bedarfs;
- d) erteilt den in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen gebühren- und kautionsfrei die erforderlichen Sichtvermerke, Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für die bei seinem Inkrafttreten bereits begonnenen Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit der Vertragsparteien.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen notifizieren, daß die jeweils erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Das Abkommen gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren. Es verlängert sich danach jeweils ein Jahr, es sei denn, daß eine der Vertragsparteien es drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitabschnitts schriftlich kündigt.

(3) Nach Ablauf des Abkommens gelten seine Bestimmungen für die begonnenen Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit bis zu ihrem Abschluß weiter.

Geschehen zu Luanda am 29. Oktober 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

H. van Edig

Für die Regierung der Republik Angola

E. Pinnock

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend persistente organische Schadstoffe**

Vom 23. März 2005

Das Protokoll vom 24. Juni 1998 zu dem Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische Schadstoffe (POP) – BGBl. 2002 II S. 803, 839 – ist nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für

Lettland

am 26. Januar 2005

Zypern

am 1. Dezember 2004

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 10. Juni 2004 (BGBl. II S. 995).

Berlin, den 23. März 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes
über bürgerliche und politische Rechte**

Vom 23. März 2005

I.

Der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) ist nach seinem Artikel 49 Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Mauretanien am 17. Februar 2005
nach Maßgabe der nachstehend abgedruckten Vorbehalte:

(Übersetzung)

Réservations	Vorbehalte
<p>Article 18</p> <p>«1. Toute personne a droit à la liberté de pensée, de conscience et de religion; ce droit implique la liberté d'avoir ou d'adopter une religion ou une conviction de son choix, ainsi que la liberté de manifester sa religion ou sa conviction, individuellement ou en commun, tant en public qu'en privé, par le culte et l'accomplissement des rites, les pratiques et l'enseignement.</p> <p>2. Nul ne subira de contrainte pouvant porter atteinte à sa liberté d'avoir ou d'adopter une religion ou une conviction de son choix.</p> <p>3. La liberté de manifester sa religion ou ses convictions ne peut faire l'objet que des seules restrictions prévues par la loi et qui sont nécessaires à la protection de la sécurité, de l'ordre et de la santé publique, ou de la morale ou des libertés et droits fondamentaux d'autrui.</p> <p>4. Les États parties au présent Pacte s'engagent à respecter la liberté des parents et, le cas échéant, des tuteurs légaux, de faire assurer l'éducation religieuse et morale de leurs enfants conformément à leurs propres convictions.</p> <p>Le Gouvernement mauritanien tout en souscrivant aux dispositions énoncées à l'article 18 relatif à la liberté de pensée, de conscience et de religion, déclare que leur application se fera sans préjudice de la chari'a islamique.»</p> <p>Article 23, alinéa 4</p> <p>«Les États parties au présent Pacte prendront les mesures appropriées pour assurer l'égalité de droits et de responsabilités des époux au regard du mariage, durant le mariage et lors de sa dissolution. En cas de dissolution, des dispositions seront prises afin d'assurer aux enfants la protection nécessaire.</p>	<p>Artikel 18</p> <p>„1. Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht zu bekunden.</p> <p>2. Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der seine Freiheit, eine Religion oder Weltanschauung seiner Wahl zu haben oder anzunehmen, beeinträchtigen würde.</p> <p>3. Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind.</p> <p>4. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen.</p> <p>Die mauretanische Regierung stimmt dem Artikel 18 betreffend die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit zu, erklärt jedoch, dass seine Anwendung unbeschadet der islamischen Scharia erfolgen wird.“</p> <p>Artikel 23 Absatz 4</p> <p>„Die Vertragsstaaten werden durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass die Ehegatten gleiche Rechte und Pflichten bei der Eheschließung, während der Ehe und bei Auflösung der Ehe haben. Für den nötigen Schutz der Kinder im Falle einer Auflösung der Ehe ist Sorge zu tragen.</p>

Le gouvernement mauritanien interprète les dispositions de l'alinéa 4 de l'article 23 relatives aux droits et responsabilité des époux au regard du mariage comme ne portant en aucun cas atteinte aux prescriptions de la chari'a islamique.»

Die mauretanische Regierung legt die Bestimmungen des Artikels 23 Absatz 4 über die Rechte und Pflichten der Ehegatten bei der Eheschließung dahin gehend aus, dass sie die Vorschriften der islamischen Scharia unberührt lassen.“

II.

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die nachstehenden Einsprüche zu dem von der Türkei bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalt und zu den Erklärungen notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 17. November 2003, BGBl. II S. 2007):

Finland am 13. Oktober 2004:

(Übersetzung)

„The Government of Finland has examined the declarations and reservation made by the Republic of Turkey to the International Covenant on Civil and Political Rights. The Government of Finland notes that the Republic of Turkey reserves the right to interpret and apply the provisions of Article 27 of the Covenant in accordance with the related provisions and rules of the Constitution of the Republic of Turkey and the Treaty of Lausanne of 24 July 1923 and its Appendixes.

„Die Regierung von Finnland hat die Erklärungen und den Vorbehalt, welche die Republik Türkei zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte abgegeben beziehungsweise angebracht hat, geprüft. Die Regierung von Finnland stellt fest, dass sich die Republik Türkei das Recht vorbehält, Artikel 27 des Paktes im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen und Regeln der Verfassung der Republik Türkei und des Vertrags von Lausanne vom 24. Juli 1923 und seinen Anhängen auszulegen und anzuwenden.

The Government of Finland emphasises the great importance of the rights of minorities provided for in Article 27 of the International Covenant on Civil and Political Rights. The reference to the Constitution of the Republic of Turkey is of a general nature and does not clearly specify the content of the reservation. The Government of Finland therefore wishes to declare that it assumes that the Government of the Republic of Turkey will ensure the implementation of the rights of minorities recognised in the Covenant and will do its utmost to bring its national legislation into compliance with the obligations under the Covenant with a view to withdrawing the reservation. This declaration does not preclude the entry into force of the Covenant between the Republic of Turkey and Finland.“

Die Regierung von Finnland betont, dass den in Artikel 27 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte niedergelegten Rechten von Minderheiten große Bedeutung zukommt. Der Verweis auf die Verfassung der Republik Türkei ist allgemeiner Natur und bezeichnet den Inhalt des Vorbehalts nicht eindeutig. Die Regierung von Finnland möchte daher erklären, dass sie davon ausgeht, dass die Regierung der Republik Türkei die Umsetzung der im Pakt anerkannten Rechte von Minderheiten sicherstellen und alles in ihrer Macht Stehende tun wird, um mit dem Ziel der Rücknahme ihres Vorbehalts ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit den Verpflichtungen aus dem Pakt in Übereinstimmung zu bringen. Diese Erklärung schließt das Inkrafttreten des Paktes zwischen der Republik Türkei und Finnland nicht aus.“

Griechenland am 11. Oktober 2004:

(Übersetzung)

„The Government of Greece has examined the declarations made by the Republic of Turkey upon ratifying the International Covenant on Civil and Political Rights.

„Die Regierung von Griechenland hat die von der Republik Türkei bei der Ratifikation des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte abgegebenen Erklärungen geprüft.

The Republic of Turkey declares that it will implement the provisions of the Covenant only to the States with which it has diplomatic relations.

Die Republik Türkei erklärt, dass sie den Pakt nur den Vertragsstaaten gegenüber anwenden wird, zu denen sie diplomatische Beziehungen unterhält.

In the view of the Government of Greece, this declaration in fact amounts to a reservation.

Nach Auffassung der Regierung von Griechenland kommt diese Erklärung faktisch einem Vorbehalt gleich.

This reservation is incompatible with the principle that inter-State reciprocity has no place in the context of human rights treaties, which concern the endowment of individuals with rights. It is therefore contrary to the object and purpose of the Covenant.

The Republic of Turkey furthermore declares that the Covenant is ratified exclusively with regard to the national territory where the Constitution and the legal and administrative order of the Republic of Turkey are applied.

In the view of the Government of Greece, this declaration in fact amounts to a reservation. This reservation is contrary to the letter and the spirit of article 2 (1) of the Covenant. Indeed, a State Party must respect and ensure the rights laid down in the Covenant to anyone within the power or effective control of that State Party, even if not situated within the territory of such State Party. Accordingly, this reservation is contrary to the object and purpose of the Covenant.

For these reasons, the Government of Greece objects to the aforesaid reservations made by the Republic of Turkey to the International Covenant on Civil and Political Rights.

This objection shall not preclude the entry into force of the Covenant between the Hellenic Republic and the Republic of Turkey. The Covenant, therefore, enters into force between the two States without the Republic of Turkey benefiting from these reservations.”

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 1. Oktober 2004 (BGBl. II S. 1525).

Berlin, den 23. März 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Dieser Vorbehalt ist unvereinbar mit dem Grundsatz, dass im Kontext der Menschenrechtsübereinkünfte, die dem Einzelnen Rechte verleihen, die völkerrechtliche Gegenseitigkeit keine Anwendung findet. Er steht daher im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Paktes.

Die Republik Türkei erklärt ferner, dass der Pakt nur für das Staatsgebiet ratifiziert wird, in dem die Verfassung und die Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Republik Türkei angewendet werden.

Nach Auffassung der Regierung von Griechenland kommt diese Erklärung faktisch einem Vorbehalt gleich. Dieser Vorbehalt steht im Widerspruch zu Buchstabe und Geist des Artikels 2 Absatz 1 des Paktes. Tatsächlich muss ein Vertragsstaat die im Pakt niedergelegten Rechte achten und sie allen der Staatsgewalt oder tatsächlichen Kontrolle dieses Vertragsstaats unterstehenden Personen gewähren, selbst wenn sie sich nicht im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats befinden. Folglich steht dieser Vorbehalt im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Paktes.

Aus diesen Gründen erhebt die Regierung von Griechenland Einspruch gegen die genannten Vorbehalte der Regierung der Republik Türkei zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Paktes zwischen der Hellenischen Republik und der Republik Türkei nicht aus. Der Pakt tritt somit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass die Republik Türkei einen Nutzen aus diesen Vorbehalten ziehen kann.“

**Bekanntmachung
zu dem Übereinkommen
über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen
und beigeordnetem Personal**

Vom 23. März 2005

Zypern hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Übereinkommens vom 15. Dezember 1994 über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal (BGBl. 1997 II S. 230) am 7. Dezember 2004 den nachstehend abgedruckten **E i n s p r u c h** zur Erklärung der Türkei (vgl. Bekanntmachung vom 23. September 2004, BGBl. II S. 1516) notifiziert:

(Übersetzung)

(Original: English)

„The Government of the Republic of Cyprus has examined the declarations made by the Republic of Turkey upon ratification of the Convention on the Safety of the United Nations and Associated Personnel.

The Republic of Turkey declares that it will implement the provisions of the Convention only to the States with which it has diplomatic relations.

In view of the Government of the Republic of Cyprus this declaration in fact amounts to a reservation. The reservation makes it unclear to what extent the Republic of Turkey considers itself bound by the obligations arising from the Convention. In the absence of further clarification, this reservation creates uncertainty as to the States Parties in respect of which Turkey is undertaking the obligations in the Convention, and raises doubt as to the commitment of the Republic of Turkey to the object and purpose of the Convention.

The Republic of Turkey furthermore declares that the Convention is ratified exclusively with regard to the national territory where the Constitution and the legal and administrative order of the Republic of Turkey are applied.

In the view of the Republic of Cyprus, this declaration in fact amounts to a reservation. This reservation is contrary to the letter and the spirit of Article 10 of the Convention. It should be recalled that the duty to establish jurisdiction over the crimes set out in the Convention is mandatory upon States Parties when the crime is committed in the territory of that State or on board a ship or aircraft registered in that State and when the alleged offender is a national of that State. A limitation to the national territory is contrary to the obligations of States Parties in this regard and therefore incompatible with the object and purpose of the Convention.

(Original: Englisch)

„Die Regierung der Republik Zypern hat die von der Republik Türkei bei der Ratifikation des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal abgegebenen Erklärungen geprüft.

Die Republik Türkei erklärt, dass sie das Übereinkommen nur auf die Staaten anwenden wird, zu denen sie diplomatische Beziehungen unterhält.

Nach Auffassung der Regierung der Republik Zypern kommt diese Erklärung faktisch einem Vorbehalt gleich. Der Vorbehalt lässt im Unklaren, in welchem Umfang sich die Republik Türkei durch die Verpflichtungen des Übereinkommens als gebunden betrachtet. Sofern keine weitere Klarstellung erfolgt, erzeugt der Vorbehalt Unsicherheit, gegenüber welchen Vertragsstaaten die Türkei die Verpflichtungen des Übereinkommens übernimmt, und weckt Zweifel an der Verpflichtung der Republik Türkei in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens.

Die Republik Türkei erklärt ferner, dass das Übereinkommen ausschließlich hinsichtlich des Staatsgebiets ratifiziert wird, in dem die Verfassung und das Rechts- und Verwaltungssystem der Republik Türkei angewendet werden.

Nach Auffassung der Republik Zypern kommt diese Erklärung faktisch einem Vorbehalt gleich. Dieser Vorbehalt steht im Widerspruch zu Buchstabe und Geist des Artikels 10 des Übereinkommens. Es sollte daran erinnert werden, dass die Vertragsstaaten die Pflicht haben, ihre Gerichtsbarkeit über die im Übereinkommen bezeichneten Straftaten zu begründen, wenn sie in ihrem Hoheitsgebiet oder an Bord eines in ihrem Staat eingetragenen Schiffes oder Luftfahrzeugs begangen werden oder wenn der Verdächtige Angehöriger des betreffenden Staates ist. Eine Beschränkung auf das Staatsgebiet steht im Widerspruch zu den diesbezüglichen Verpflichtungen der Vertragsstaaten und ist daher mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar.

The Republic of Turkey also makes a reservation that in connection with Article 20, paragraph 1 of the Convention, concerning the applicability of international humanitarian law, the Republic of Turkey is not a party to the Protocols I and II, dated 8 June 1977, additional to the Geneva Convention of 12 August 1949, and therefore will not be bound by the provisions of the said Protocols.

The Republic of Cyprus considers this reservation to be contrary to the letter and spirit of Article 20 (1) of the Convention, which states that nothing shall affect the applicability of international humanitarian law as contained in international instruments in relation to the protection of United Nations operations and United Nations and Associated Personnel. Accordingly, this reservation is prohibited by the Convention.

For these reasons, the Government of the Republic of Cyprus objects to the aforesaid reservations made by the Republic of Turkey to the Convention on the Safety of the United Nations and Associated Personnel.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Republic of Cyprus and the Republic of Turkey. The Convention, therefore, enters into force between the two States without the Republic of Turkey benefiting from these reservations."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. Januar 2005 (BGBl. II S. 157).

Berlin, den 23. März 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Die Republik Türkei bringt ferner den Vorbehalt an, dass, was Artikel 20 Absatz 1 des Übereinkommens bezüglich der Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts betrifft, die Republik Türkei nicht Vertragspartei der Zusatzprotokolle I und II vom 8. Juni 1977 zu dem Genfer Abkommen vom 12. August 1949 und daher durch die genannten Protokolle nicht gebunden ist.

Die Republik Zypern ist der Auffassung, dass dieser Vorbehalt im Widerspruch zu Buchstabe und Geist des Artikels 20 Absatz 1 des Übereinkommens steht, demzufolge die Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts, wie es in völkerrechtlichen Übereinkünften enthalten ist, hinsichtlich des Schutzes der Einsätze der Vereinten Nationen sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals unberührt bleibt. Folglich ist dieser Vorbehalt nach dem Übereinkommen unzulässig.

Aus diesen Gründen erhebt die Regierung der Republik Zypern Einspruch gegen die genannten Vorbehalte der Republik Türkei zum Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Republik Zypern und der Republik Türkei nicht aus. Das Übereinkommen tritt somit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass die Republik Türkei einen Nutzen aus diesen Vorbehalten ziehen kann."

**Bekanntmachung
des deutsch-kroatischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 24. März 2005

Das in Zagreb am 6. Juli 2004 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kroatien über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 2002) ist nach seinem Artikel 5

am 8. März 2005

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. März 2005

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Rainer Goerdeler

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kroatien
über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 2002)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Kroatien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Kroatien beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Niederschrift über die Gespräche einer Delegation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit einer Delegation der Regierung der Republik Kroatien zur Vorbereitung und Abstimmung der entwicklungsfördernden Zusammenarbeit, die am 12. November 2002 in Zagreb unterzeichnet wurde –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kroatien und anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, für das Vorhaben „Kommunale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung südliche Adriaküste“ von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

- a) ein Darlehen von bis zu 3 000 000,- EUR (in Worten: drei Millionen Euro);
- b) einen Finanzierungsbeitrag für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des vorgenannten Vorhabens von bis zu 1 000 000,- EUR (in Worten: eine Million Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kroatien oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer darüber hinaus, für das Vorhaben „Kommunale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung südliche Adria-

küste“ ein zinsverbilligtes Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 12 000 000,- EUR (in Worten: zwölf Millionen Euro) zu erhalten, wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit des Vorhabens festgestellt worden ist und die gute Kreditwürdigkeit der Republik Kroatien weiterhin gegeben ist.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kroatien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Kroatien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(5) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen beziehungsweise des Finanzierungsbeitrages zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- beziehungsweise Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2010.

(2) Die Regierung der Republik Kroatien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Vertrages garantieren.

(3) Die Regierung der Republik Kroatien, soweit sie nicht Empfänger des Finanzierungsbeitrages ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsvertrages entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Kroatien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Kroatien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Kroatien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Regierung der Republik Kroatien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitteilt, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Zagreb am 6. Juli 2004 in zwei Urschriften, jede in deutscher und kroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

G. Weiß

Für die Regierung der Republik Kroatien

Ivan Suker

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser-
und Watvögel, von internationaler Bedeutung**

Vom 31. März 2005

I.

Das Übereinkommen vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (BGBl. 1976 II S. 1265) ist in der durch das Protokoll vom 3. Dezember 1982 (BGBl. 1990 II S. 1670) geänderten Fassung nach seinem Artikel 10 Abs. 2 in Verbindung mit Artikel 5 Abs. 3 des Änderungsprotokolls für

Lesotho	am	1. November 2004
Marshallinseln	am	13. November 2004
Mosambik	am	3. Dezember 2004
Myanmar	am	17. März 2005
Samoa	am	6. Februar 2005

in Kraft getreten.

II.

Die Änderungen von 1987 des vorgenannten Übereinkommens (BGBl. 1995 II S. 218) sind nach seinem Artikel 10^{bis} Abs. 6 für

Lesotho	am	1. November 2004
Mosambik	am	3. Dezember 2004
Myanmar	am	17. März 2005
Samoa	am	6. Februar 2005

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. Januar 2004 (BGBl. II S. 350).

Berlin, den 31. März 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls Nr. 13
zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte
und Grundfreiheiten über die vollständige Abschaffung der Todesstrafe**

Vom 31. März 2005

Das Protokoll Nr. 13 vom 3. Mai 2002 zur Konvention vom 4. November 1950 zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die vollständige Abschaffung der Todesstrafe (BGBl. 2004 II S. 982) ist nach seinem Artikel 7 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Finnland	am 1. März 2005
Island	am 1. März 2005.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. November 2004 (BGBl. II S. 1722).

Berlin, den 31. März 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit**

Vom 31. März 2005

Das Europäische Übereinkommen vom 21. April 1961 über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit (BGBl. 1964 II S. 425) wird nach seinem Artikel X Abs. 8 für

Aserbaidschan	am 17. April 2005
---------------	-------------------

nach Maßgabe der nachfolgend abgedruckten, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 17. Januar 2005 abgegebenen Notifikation

in Kraft treten:

(Übersetzung)

“In connection with the requirement contained in Article X (6) of the above-mentioned Convention, the Permanent Mission of the Republic of Azerbaijan would like to inform that the functions referred to in Article IV of the Convention are exercised by the Economic Court of the Republic of Azerbaijan, in accordance with Article 6 of the law on International Arbitration of the Republic of Azerbaijan.”

„In Zusammenhang mit dem in Artikel X Absatz 6 des genannten Übereinkommens enthaltenen Erfordernis möchte die Ständige Vertretung der Republik Aserbaidschan mitteilen, dass die in Artikel IV des Übereinkommens genannten Aufgaben vom Wirtschaftsgericht der Republik Aserbaidschan in Übereinstimmung mit Artikel 6 des Gesetzes über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit der Republik Aserbaidschan erfüllt werden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. April 2003 (BGBl. II S. 505).

Berlin, den 31. März 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über das Außerkrafttreten
des deutsch-sowjetischen Abkommens vom 25. April 1958
über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt
im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien**

Vom 7. April 2005

Das in Bonn am 25. April 1958 unterzeichnete Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (BGBl. 1959 II S. 221, 469), dessen Gültigkeitsdauer durch das Protokoll vom 31. Dezember 1960 über die Verlängerung des Abkommens über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (BGBl. 1961 II S. 1085; 1962 II S. 1477) verlängert wurde (Fortgeltung im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien, vgl. die Bekanntmachung vom 21. Oktober 1992, BGBl. II S. 1128), ist nach Ziffer 2 des Protokolls im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien

am 30. Juli 2003

außer Kraft getreten.

Berlin, den 7. April 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer